

Protokoll

über die **Sitzung des Wirtschafts- und Haushaltsausschusses** in der Wahlperiode 2021/2026 am **Montag, dem 01.09.2025, um 18:00 Uhr**, im Rathaussaal des Rathauses in Edewecht.

Teilnehmende:

Vorsitzender

Kai Bischoff

Mitglieder des Ausschusses

Maria Bründermann

Jörg Brunßen

Stefanie Florack

Uwe Heiderich-Willmer

Stefan von Aschwege

Lina Bischoff

Kai Hemmieoltmanns

Theodor Vehndel

Vertreter des Herrn Björn Görner

Entschuldigt fehlt:

Carsten Brucks

Grundmandatar

Von der Verwaltung

Petra Knetemann

Selina Hertwig

Bürgermeisterin (BMin)

Fachbereichsleiterin III - Bauen und Gemeindeentwicklung

Stefan Holling

Sachgebietsleiter Finanzen (SGL)

Nico Pannemann

Fachbereichsleiter I - Innere Dienste (FBL)

Vanessa Kauf

Öffentlichkeitsarbeit - digital

Mesut Öztürk

Technik

Angelika Lange

Protokollführerin

(zeitweilig) zuhörende Ratsmitglieder

Roland Jacobs

TAGESORDNUNG

A. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
3. Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen u. ggf. nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Wirtschafts- und Haushaltsausschusses am 10.03.2025
4. Mitteilungen der Bürgermeisterin
5. Einwohnerschaftsfragestunde
6. Unterjähriger Finanzbericht zum Buchungsstand 31.08.2025 (ohne Vorlage)
7. Festlegung von Eckpunkten (einschl. Prioritätenliste) für die Haushaltsplanung 2026

Vorlage: 2025/FB I/4496

8. Nachtragshaushaltssatzung nebst Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2025 einschl. des Investitionsprogramms für den mittelfristigen Finanzplanungszeitraum 2026 - 2028
Vorlage: 2025/FB I/4497
9. Anfragen und Hinweise
10. Einwohnerschaftsfragestunde
11. Schließung der Sitzung

TOP 1:
Eröffnung der Sitzung

Ausschussvorsitzender (AV) Bischoff eröffnet um 18.00 Uhr die heutige Sitzung des Wirtschafts- und Haushaltsausschusses, begrüßt alle Anwesenden und weist darauf hin, die Sitzung werde gem. § 19 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates für die Wahlperiode 2021/2026 mittels Aufnahmegerät aufgezeichnet. Diese Aufnahme werde nach Genehmigung des Protokolls dieser Sitzung gelöscht.

TOP 2:
Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

AV Bischoff stellt fest, dass zur heutigen Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde, der Wirtschafts- und Haushaltsausschuss beschlussfähig ist und nach der vorliegenden Tagesordnung verfahren werden soll. Hiergegen erheben sich keine Einwendungen.

TOP 3:
Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen u. ggf. nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Wirtschafts- und Haushaltsausschusses am 10.03.2025

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

TOP 4:
Mitteilungen der Bürgermeisterin

Die Mitteilungen der Bürgermeisterin sind diesem Protokoll als Anlage 1 beigefügt.

TOP 5:
Einwohnerschaftsfragestunde

Es sind keine Einwohnenden anwesend.

TOP 6:
Unterjähriger Finanzbericht zum Buchungsstand 31.08.2025 (ohne Vorlage)

Anhand einer Präsentation (Anlage 2 zu diesem Protokoll) erläutert FBL Pannemann den unterjährigen Finanzbericht zum Buchungsstand 31.08.2025 und weist insbesondere darauf hin, dass die Ergebnisprognose die bisherige Planannahme dem Grunde nach weiter verfestige und im Vergleich zu den Vorjahren der sonst übliche Aufwärtstrend nicht zu verzeichnen sei. Insofern müsse derzeit von einem Defizit von rd. 2 Mio. € ausgegangen werden. Insbesondere die Liquidität bereite dabei Sorgen, weil nach dem jetzigen Stand zum Jahresende von einer Unterdeckung von über 4 Mio. € ausgegangen werden müsse.

Ohne Aussprache wird dieser Bericht

- zur Kenntnis genommen -

TOP 7:

Festlegung von Eckpunkten (einschl. Prioritätenliste) für die Haushaltsplanung 2026

Vorlage: 2025/FB I/4496

FBL Pannemann stellt anhand einer Präsentation (Anlage 3 zu diesem Protokoll) die wesentlichen Eckpunkte der derzeitigen Planungen für das nächste Haushaltsjahr dar und hofft optimistisch, dass die durch den Bund angekündigte Kompensierung geringerer Gewerbesteuererträge durch Mehreinnahmen beim Gemeindeanteil der Umsatzsteuer tatsächlich so durchschlage.

Die Summe der für 2026 geplanten ordentlichen Erträge liege zwar über dem Planansatz für 2025, aber rd. 0,5 Mio. € unter der in der mittelfristigen Finanzplanzahl für 2026 bislang angenommenen Summe erläutert FBL Pannemann weiter. Bei den wesentlichen Aufwandspositionen solle sich nach Ansicht der Verwaltung mit Beginn des Haushaltsjahres 2026 die neue Position „Energetischer Sanierungsbedarf“ mit einem jährlichen Ansatz von 400 T€ etablieren, um das gemeindliche Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2040 erreichen zu können. Hinsichtlich der Entwicklung der Kreisumlage würde seitens der kreisangehörigen Gemeinden auf ein gemeinsames Vorgehen und weitsichtige Entscheidungen der Kreistagsabgeordneten hingearbeitet. Insgesamt sei mit ausgeglichenen Haushalten in den nächsten Jahren dennoch leider nicht zu rechnen, was ausdrücklich nicht auf eine Misswirtschaft der Gemeinde hindeute. Im Gegenteil sei mehr noch als ohnehin grundsätzlich üblich in den letzten Jahren auf größtmögliche Ausgabendisziplin geachtet worden, was aber die Unwucht zwischen den auf die Kommunen übertragenen Aufgaben und dem mangelhaften finanziellen Ausgleich durch Land und Bund nicht auffangen könne.

Zuletzt bittet FBL Pannemann die Fraktionen des Rates um Rückmeldungen zur Priorisierung der Maßnahmen für 2026 aus der Prioritätsstufe 1.

BMin Knetemann weist deutlich darauf hin, mit der Vorstellung dieser Eckpunkte beginne das Verfahren zur Aufstellung des Haushalts 2026. Es gelte nun, gemeinsam bis zur nächsten Sitzung des Wirtschafts- und Haushaltsausschusses noch mehr Klarheit zu finanziellen und rechtlichen Entwicklungen zu bekommen. Sicherlich werde dieser Weg anstrengend, aber eine umfassende Vorbereitung könne alle Beteiligten in die Lage versetzen, trotz aller Probleme, die im Übrigen landesweit nahezu alle Kommunen betreffen, einen vernünftigen Haushaltsbeschluss zu fassen. Sie wünsche sich daher eine baldige und dringend notwendige Neuordnung zur finanziellen Ausstattung der Kommunen durch Land und Bund.

RH Brunßen sieht eine Erhöhung der Kreisumlage als sehr wahrscheinlich und daher die Chance auf eine verlässliche Haushaltsplanung erst nach der einschlägigen Entscheidung des Kreises als möglich an. Es sei frustrierend, dass durch die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen durch Bund und Land selbst in Edewecht trotz aller Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung die kurzfristig erreichte Schuldenfreiheit sogleich ohne Verschulden der Gemeinde Edewecht wieder zunichte gemacht werde. Aus diesem Grunde sei derzeit nur eine Abarbeitung der Pflichtaufgaben leistbar; Gestaltungsspielräume für eine bevölkerungsorientierte Weiterentwicklung Edewechts gebe es leider nicht mehr. Werde die Kreisumlage ab 2026 tatsächlich erhöht, bliebe als Kompensation nur die Anhebung der Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuern. Auf seine Frage nach dem Antragsprozedere für die in Aussicht

gestellten Millionen- und Milliardenpakete von Land und Bund zur Entlastung der Kommunen teilt FBL Pannemann mit, die Landesmittel schienen ohne höhere Hürden in schlichten Verfahren zu beantragen sein. Wie es sich mit den Bundesmitteln verhielte, sei noch nicht bekannt. Die Größenordnung bewege sich nach seiner derzeitigen Einschätzung etwa im mittleren bis höheren sechsstelligen Bereich und könne lediglich dazu dienen, die Höhe der dann immer noch notwendigen Kreditaufnahmen etwas zu mindern. BMin Knetemann ergänzt, nach ihrem Kenntnisstand sei von Seiten des Bundes zumindest eine Kopplung der Mittel an bestimmte Maßnahmen nicht vorgesehen.

RF Bischoff bedauert die Erkenntnis, die bisherige vorsichtige Planung der Erträge, insbesondere aus Steuern, verbunden mit dann tatsächlich höheren Erträgen zum Ende der Haushaltsjahre gehöre offensichtlich der Vergangenheit an. Diese deutliche Veränderung sei insbesondere hinsichtlich der prognostizierten hohen Defizite erschreckend. Der Bevölkerung sei nicht nur in Edewecht schwer vermittelbar, dass trotz hoher Steuerlasten viele als sinnvoll erachtete freiwillige Maßnahmen nicht mehr finanzierbar seien, wobei zumindest in Edewecht die sehr notwendigen Investitionen in den Kita- und Schulbereich sowie die Feuerwehren nicht den großen finanziellen Zwängen zum Opfer fielen und sogar das Ziel der Edewechter Treibhausgasneutralität bis 2040 durch Festlegung von jährlich 400 T€ für energetische Sanierungen kommunaler Immobilien weiterverfolgt werde.

RH Heiderich-Willmer schließt sich den Vorreden an und bittet Rat, Verwaltung und Presse, in die Öffentlichkeit ausdrücklich zu kommunizieren, dass die finanziellen Engpässe nicht auf Fehler oder Fehlplanungen der Verwaltung und des Rates, sondern auf der strukturellen Unterfinanzierung durch Bund und Land beruhten. RF Bischoff unterstützt dies und bittet alle Ratsmitglieder, auch über Politiker und Politikerinnen im Land- und Bundestag auf eine Verbesserung der finanziellen Ausstattung der kommunalen Haushalte hinzuwirken.

Auch BMin Knetemann bekräftigt diesen Standpunkt. Trotz hoher Ausgabendisziplin in den letzten Jahren müsse Edewecht nun aber mit den Auswirkungen der Unterfinanzierung arbeiten und dürfe auf eine schnelle Verbesserung in dieser Hinsicht leider nicht hoffen. Letztlich könne Edewecht sich vieles, was wünschenswert sei, in den nächsten Jahren nicht mehr leisten.

Letztlich unterbreitet der Ausschuss dem VA folgenden

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage der sich aus der Beschlussvorlage Nr. 2025/FB I/4496 ergebenden Eckdaten die Planung für das Haushaltsjahr 2026 und den sich anschließenden Ergebnis- und Finanzplanungszeitraum vorzubereiten.

- einstimmig -

TOP 8:

Nachtragshaushaltssatzung nebst Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2025 einschl. des Investitionsprogramms für den mittelfristigen Finanzplanungszeitraum 2026 - 2028

Vorlage: 2025/FB I/4497

FBL Pannemann erläutert die Vorlage und weist abschließen darauf hin, ungeachtet aller Probleme solle dennoch das strategische Ziel der Haushaltskonsolidierung nicht außer Acht gelassen werden. Diesem Ansinnen schließt sich RH Brunßen ohne Einschränkungen an; die Schuldenfreiheit solle möglichst bald wiedererlangt werden.

Ohne weitere Aussprache unterbreitet der Ausschuss dem Rat über den VA folgenden

Beschlussvorschlag:

Dem Entwurf der 1. Nachtragshaushaltssatzung und des 1. Nachtragshaushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2025 einschl. des Investitionsprogramms für den mittelfristigen Finanzplanungszeitraum 2026 – 2028 wird zugestimmt.

Die Verwaltung wird beauftragt, das weitere Verfahren abzuwickeln.

- einstimmig -

TOP 9:

Anfragen und Hinweise

Keine.

TOP 10:

Einwohnerschaftsfragestunde

Es sind keine Einwohnenden anwesend.

TOP 11:

Schließung der Sitzung

AV Bischoff schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.38 Uhr.

Kai Bischoff
Ausschussvorsitzender

Petra Knetemann
Bürgermeisterin

Angelika Lange
Protokollführerin